

# 250 Milliarden Franken Schulden

Die öffentliche Hand ist im Minus wie noch nie. Das nährt die Kritik am Steuerpaket zusätzlich

VON RETO THÖNY

ZÜRICH/BERN Bund, Kantone und Gemeinden rechnen für 2004 mit Defiziten von insgesamt 9 Milliarden Franken. Werden die Fehlbeträge der Sozialversicherungen hinzugezählt, sind es sogar 11,8 Milliarden. Damit wächst der Schuldenberg der öffentlichen Haushalte im laufenden Jahr auf die Rekordhöhe von 250 Milliarden Franken. Das geht aus den konsolidierten Zahlen der Voranschläge 2004 hervor, die diese Woche von der Eidgenössischen Finanzverwaltung veröffentlicht wurden. Im Streit um das Steuerpaket des Bundes sind sie offenbar völlig untergegangen.

Die neusten Analysen aus Bern zeigen weiter, dass eine Entspannung vorerst nicht zu erwarten ist. In der Zeitschrift «Die Volkswirtschaft» schreiben die Finanzexperten, dass Bund, Kantone und Gemeinden aus konjunkturellen Gründen vor allem einnahmeseitig «weiterhin» unter Druck stehen werden.

Anlass zur Sorge gibt zudem die Aussage, wonach die Rechnungen für das letzte Jahr weit schlechter abschliessen werden als erwartet. Für 2003 sind Defizite von 4 Milliarden Franken budgetiert. Die Finanzverwaltung kommt jetzt aber zum Schluss, dass die Fehlbeträge von Bund, Kantonen und Gemeinden auf gegen 7 Milliarden steigen werden. Schliesst man die Sozialversicherung mit ein, nähert sich dieses Defizit sogar der 9-Milliarden-Grenze.

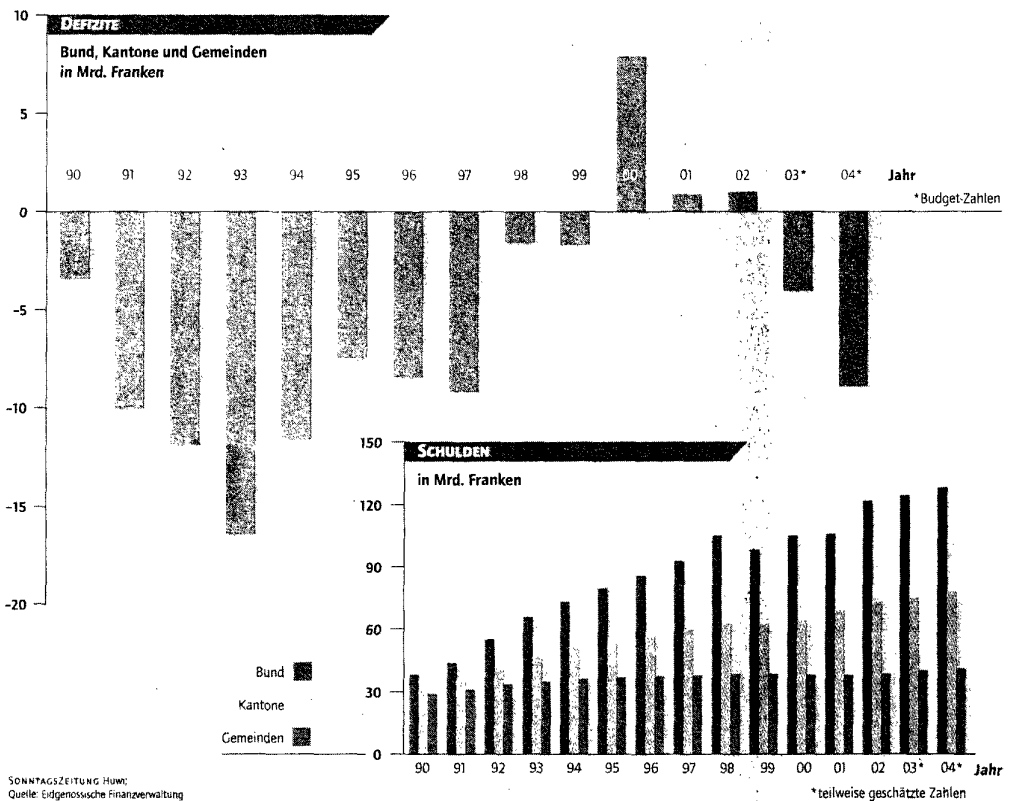
Damit rückt die Schweiz gefährlich nahe an die Maastricht-Kriterien der Europäischen Union. Ende 2004 dürfte die Verschuldung der öffentlichen Haushalte in der Schweiz rund 56 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen. In der EU liegt die tolerierte Grenze bei 60 Prozent. Finanzexperte Kurt Stalder bezeichnet die Situation deshalb als «dramatisch». Der Sekretär der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren meint denn auch leicht spöttisch: «Wäre die Schweiz in der EU, würde sie unter Beobachterstatus gestellt - ähnlich wie Portugal.»

## Die Verschuldung kostet pro Haushalt durchschnittlich 2500 Franken

Die Situation ist auch deshalb kritisch, weil der so genannte Selbstfinanzierungsgrad im laufenden Jahr 50 Prozent beträgt und damit um 4 Prozentpunkte tiefer liegt als im Vorjahr. Das bedeutet, dass Bund, Kantone und Gemeinden nur noch die Hälfte ihrer Investitionen mit eigenen Mitteln finanzieren können.

## Riesige Defizite und bedrohliche Schuldenberge

Die öffentlichen Haushalte haben ihre Finanzen seit den Neunzigerjahren nicht mehr im Griff.



SONNTAGSZEITUNG HWZ  
Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung

Dabei gelten folgende Faustregeln: Eine Fremdfinanzierung von bis zu 20 Prozent liegt im Gleichgewicht mit dem Wirtschaftswachstum und wird als «gesund» eingestuft. Eine Fremdfinanzierung von bis zu 40 Prozent lässt zwar ein ungutes Gefühl aufkommen, gilt aber immer noch als «genügend». Alles, was darüber liegt, wird als «heikel» bezeichnet. Kurt Stalder: «Ohne gravierende Eingriffe besteht kaum noch Aussicht auf eine Verbesserung der Schuldenlage.»

Astronomisch hoch sind auch die Kosten für die Verschuldung. 2001 (neuere Zahlen liegen nicht vor) musste die öffentliche Hand allein für die Zinsen 7,6 Milliarden Franken aufwenden. Pro Privathaushalt und Jahr waren das im Durchschnitt mehr als 2500 Franken, die via Steuern an die Gläubiger flossen.

Angesichts dieser düsteren Perspektive für die öffentlichen Haushalte stösst das umstrittene Steuerpaket des Bundes auf zusätzliche Ablehnung. Stalder: «Hier wird Geld verschwendet, das für den Schuldenabbau verwendet werden könnte.» Allerdings zweifelt der Sekretär der kantonalen Finanzdirektorenkonferenz daran, ob die Politiker in Bern auch tatsächlich zu einem solchen Schritt bereit wären. Denn die Erfahrungen zeigen: Kaum seien die Zeiten besser, werde das Geld gleich wieder ausgegeben.

Diese pessimistische Haltung wird vom Finanzwissenschaftler Reiner Eichenberger von der Universität Freiburg geteilt. Defizite würden in der Regel nur dann abgebaut, wenn die Konjunktur unerwartet gut laufe. Sobald ein gutes Wirtschaftswachstum erwartet werde, wüch-

sen auch die Mehrausgaben wieder. Für den Finanzwissenschaftler ist das Gerede von Sparrunden deshalb nichts anderes als «Politiker-Rhetorik». Eichenberger: «Will man etwas gegen Defizite unternehmen, müssen die politischen Spielregeln geändert werden.»

Der Uni-Professor verweist dabei auf die Erfahrungen der Neunzigerjahre. Schon damals sei Sparen ein Dauerthema unter den Politikern in Bern gewesen. Tatsächlich passiert sei aber wenig.

Als Folge dieser Finanzpolitik werden nach Einschätzung von Kurt Stalder vor allem Gemeinden ihre Steuern erhöhen müssen. Die Kantone hingegen würden diesen Schritt möglichst vermeiden, mit der Konsequenz, dass die Gemeinden stärker betroffen sein werden. Stalder: «Den Letzten beissen die Hunde.»